

Antragsteller/in: DKP Frankfurt Mitte

Antrag an den 20. Parteitag der DKP

Zeile 447: „Dezentralisierung der Stromerzeugung und der Netze!“ ersatzlos streichen.

**Begründung:**

Für uns ist nicht in ausreichendem Maße erkennbar, ob erstens die Dezentralisierung der Stromerzeugung und der Netze in einen Topf geworfen werden kann, zweitens ob eine jeweilige Dezentralisierung tatsächlich dem Energiebedarf des gesellschaftlichen Produktivitätsgrades entspricht oder eventuell in dieser Hinsicht ein Rückschritt wäre. Das zu klären, ist Voraussetzung für eine solche Forderung, die dann aber auch im Antrag begründet werden müsste.

**Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung**

**Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit**

**Begründung:**

Antrag-Nr.

A-211

Am besten wir lassen zu dieser Frage den Vorstand des E.ON – Konzerns selbst zu Wort kommen:

„Wer die Netze hat, der hat die Strom- und Gasversorgung. Deshalb geben wir die Netze nie wieder her. Mit den Netzen verdienen wir mehr als mit dem Strom- und Gasverkauf. Auf den Verkauf können wir deshalb gern verzichten“.

Der/Die Antragsteller/in hat sich – ohne es vielleicht zu merken – die Argumentation der Energiekonzerne aus den 90iger Jahren des vorigen Jahrhunderts voll zu eigen gemacht.

Der Verkauf der kommunalen Energieanlagen und Versorgungsnetze von den Städten und Gemeinden (Verkauf des Tafelsilbers) erfolgte damals mit dem festen Versprechen der neuen Eigentümer (Energiekonzerne), dass

- die Städte und Gemeinden erhebliche Kosten einsparen werden,
- die Bevölkerung besser und effizienter mit Energie versorgt wird,
- die Energiepreise für die Kunden sinken werden,
- sich das Angebot, die Qualität und der Service für die Kunden verbessern werden,
- mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und dass
- die Städte und Gemeinden an den Gewinnen durch Konzessionsabgaben beteiligt werden.

Keines dieser Versprechen wurde eingehalten.

(siehe [http://www.dr-schacht.com/Daseinsvorsorge\\_Vortrag.pdf](http://www.dr-schacht.com/Daseinsvorsorge_Vortrag.pdf) )

Dort, wo das Streben nach Maximalprofit zum bestimmenden Faktor allen Handelns wird, bleiben Vernunft, Verstand und Verantwortung für das Gemeinwohl der Menschen immer auf der Strecke.

Nur wer diese Gesetzmäßigkeit begriffen hat, wird verstehen, dass das ganze Szenario der Klimapolitik (Globale Erwärmung, CO<sub>2</sub> – Emission usw.) nur einem einzigen Ziel dient:

Der Sicherung des Maximalprofits der Energiekonzerne. Wer dagegen kämpft wird verängstigt, eingeschüchtert, als Verschwörungstheoretiker diskriminiert oder einfach ignoriert. Eine Vergesellschaftung der Daseinsvorsorge (dazu gehört die Energieversorgung!) ist deshalb unvermeidlich und immer ein Fortschritt!

---

**Antrag-Nr.**

**A-203**

**Antragsteller/in: DKP Frankfurt Mitte**

**Antrag an den 20. Parteitag der DKP**

**Zeilen 414-415 „Entschädigungslose [...] Energiekonzerne“ ersetzen durch:**

„Entschädigungslose Enteignung der Banken und Konzerne, insbesondere der großen Finanzinstitute einschließlich der EZB und der Energiekonzerne, und ihre Überführung“

**Begründung:**

Natürlich wollen wir die Enteignung aller Banken und Konzerne. Wir sind aber darüber hinaus der Auffassung, dass wir das auch in unserer Öffentlichkeitsarbeit sagen sollten. Wir erleben zurzeit, dass breite Teile der Bevölkerung angesichts der Krise und insbesondere der Rolle der Banken und Finanzinvestoren empört sind. Wir erleben aber auch, dass viele nach wie vor glauben, es gebe einen grundsätzlichen Unterschied zwischen zerstörerischen Finanzinvestoren und produktiven Unternehmen der „Realwirtschaft“. Für uns muss es daher darum gehen, die Einheit und die wechselseitige Verflechtung der unterschiedlichen Abteilungen des Kapitals deutlich zu machen und aufzuzeigen, dass nicht nur einzelne Teile des Kapitals für die Krise verantwortlich gemacht werden können. Natürlich stößt eine solche Forderung nicht überall sofort auf Zustimmung. Unserer Erfahrung nach ist es aber möglich, auch über solche Forderungen in Gewerkschaften und Bewegungen zu diskutieren und in dieser Diskussion am Bewusstseinsstand der Beteiligten anzuknüpfen. Solche Möglichkeiten sollten wir verstärkt nutzen, und dementsprechend sollten wir auch unsere Forderungen formulieren.

Hier trifft der/die Antragsteller/in einen wunden Punkt; die so genannte „neue“ Politik der Linken. Die wirklichen Probleme des täglichen Lebens werden nicht mehr angesprochen oder diskutiert und bilden schon lange nicht mehr die Grundlage für das praktische Handeln unserer Parteien. Im Gegenteil, sie werden zerredet, d.h. in Tausend kleine Probleme zerlegt, verniedlicht oder einfach abgeschmettert. Über Ursachen gesellschaftlicher Erscheinungen wird nicht mehr gesprochen. Wichtig sind die Erscheinungen und ihre Auswirkungen auf die Umwelt und den Bürger ( siehe auch

[http://www.dr-schacht.com/Ein\\_Barnim\\_fuer\\_alle\\_Anmerkungen.pdf](http://www.dr-schacht.com/Ein_Barnim_fuer_alle_Anmerkungen.pdf) )

„Wir brauchen keine neuen Feindbilder!“ sagen uns die Führungskräfte der Linken. Wie bitte! Wer schafft denn jeden Tag die antagonistischen Widersprüche zwischen den Banken, Konzernen und den arbeitenden Menschen? Wir doch nicht! Mit solchen nichtssagenden Schlagwörtern wie „Globalisierung“, „Wettbewerb“, „Wachstum“, „Mobilität“ wird das Bewusstsein der Bürger in unserem Land zugeschüttet. Die Massenmedien (Fernsehen, Presse, Internet) haben eine noch nie dagewesene Kampagne zur Verblödung unserer Bürger gestartet. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, sie zeigt bereits erste Früchte. Die bürgerlichen Parteien schaffen tagtäglich neue Feindbilder (die Linken, die Rechten, die Hartz IV – Empfänger, die Russen, die Chinesen usw. usw.). Um ihren Job zu behalten und zu überleben, müssen sich die Menschen an dieses Milieu politisch und ideologisch anpassen. Wer kann, ist geistig emigriert

und damit nicht mehr erreichbar. „Friede, Freude, Eierkuchen!“ – das ist die Devise des europäischen Monopolkapitals. Auch bei den Linken ist eine derartige Deformation nicht zu übersehen. Die Provokateure und so genannten „Schläfer“ in dieser Partei leisten offensichtlich auch gute Arbeit.

Eine Enteignung der Banken und Konzerne steht nicht auf der Tagesordnung. Dafür fehlen in Europa und in unserem Land jegliche Voraussetzungen. Der Kapitalismus wird seine wirtschaftliche und politische Macht niemals freiwillig hergeben. Er besitzt alle Voraussetzungen und alle Mittel zu seiner Verteidigung und wird diese – im Gegensatz zur DDR – auch erbarmungslos einsetzen. Wehe den, der in dieser Frage eine Illusion hat.

Wir sind trotzdem optimistisch und überzeugt, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem zum Untergang verurteilt ist. Denn „Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift!“.

**4. Ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Keine Energiewende zu Lasten der Bevölkerung [SB – A-176 [1]]**

Wir fordern eine Energiepolitik, die Schluss macht mit den Privilegien der großen Energiekonzerne.

- **[SB – A-176[2]] Abschaltung aller Atomkraftwerke Jetzt!**
- Klima- und umweltfreundliche Technologien statt Primat der fossilen Energieträger!
- Dezentralisierung der Stromerzeugung und der Netze!
- Schluss mit der Preistreiberei auf dem Rücken der privaten Endverbraucher! Gesetzlicher Preisstopp unter demokratischer Kontrolle! **[SB – A-176 [2]] Energie hat den Stellenwert eines öffentlichen Gutes: Wir fordern die kostenlose Grundversorgung mit Strom.**
- **[SB – A-176[2]] Die Energiewende muss von den Industriekonzerne und Großverbrauchern bezahlt werden: Streichung aller Sonderrabatte und Annullierung aller Sonderverträge für Konzerne und Großverbraucher;**
- Förderung Klima- und umweltfreundlicher Technologien statt Primat fossiler Energieträger!
- **[SB – A-176[2]] Es geht um die Entmachtung und Vergesellschaftung der großen Strom- und Energiekonzerne bei demokratischer Kontrolle ... Die Gewinne müssen für Sozialtarife und Energiewende eingesetzt werden!**

Wir treten ein für den Bestand und Ausbau kommunaler und genossenschaftlicher Eigenbetriebe als Voraussetzung einer demokratisch kontrollierten Energiewirtschaft.

---

Wir fordern eine Klima- und Umweltpolitik, die sofort in der ganzen EU alle verfügbaren technologischen Alternativen zur Reduktion der klimaschädlichen Emissionen mobilisiert und strenge gesetzliche Regelungen durchsetzt.

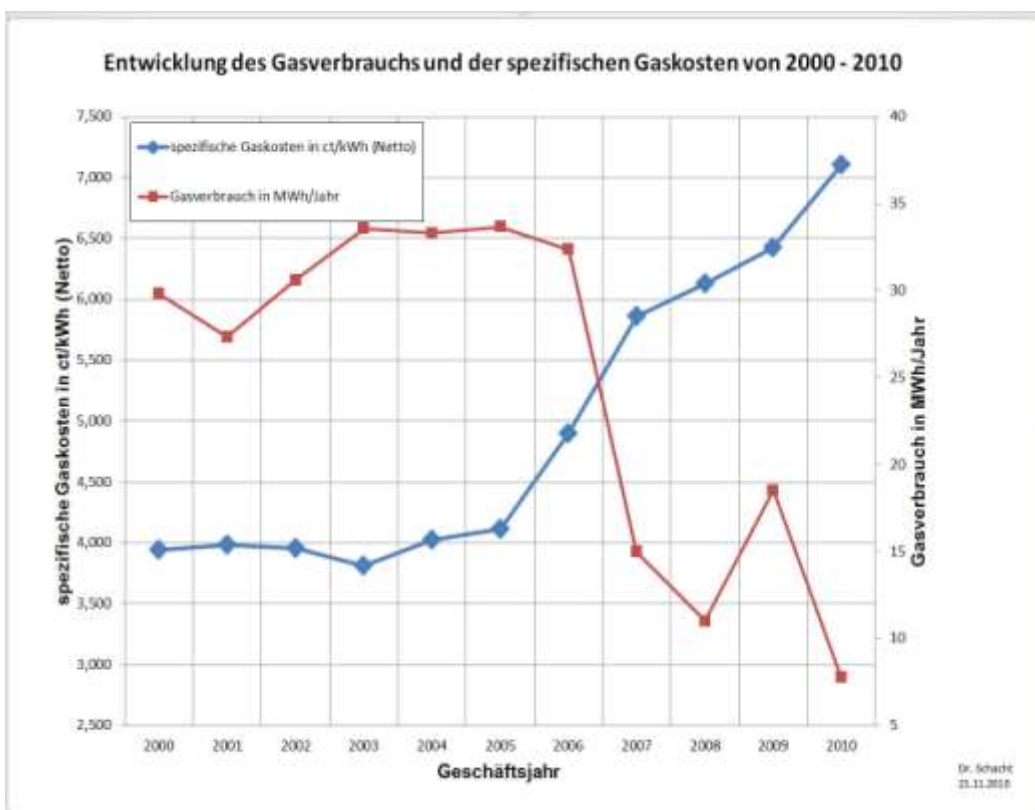
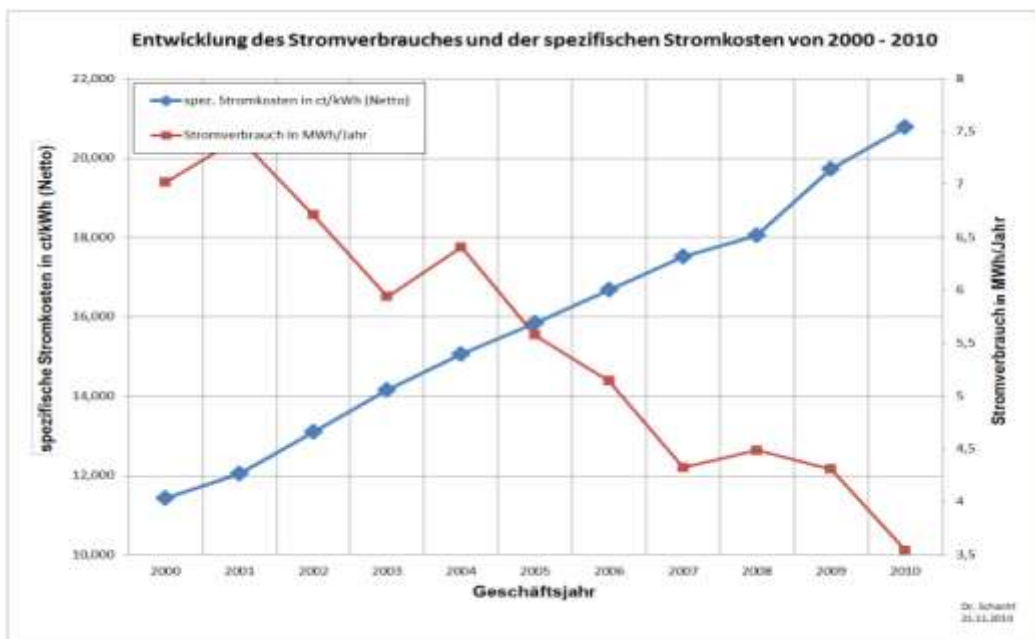
Die weltweite Spekulation mit den lebenswichtigen Ressourcen (sauberes Wasser, Nahrungsmittel, Ackerland) im Interesse der großen kapitalistischen Öl-, Agrar- und Lebensmittelkonzerne muss sofort unterbunden werden.

---

**Wir setzen uns für diese Forderungen ein und werden aktiv. Wir machen darüber hinaus in den heutigen Auseinandersetzungen deutlich: [SB – A-176 [8]] Unser Ziel ist der Sozialismus. Welcher Weg zu diesem Ziel führt, entscheidet sich in den Kämpfen zur Abwehr der Krisenlasten, für sozialen und demokratischen Fortschritt und die Überwindung dieses kapitalistischen Systems. Dabei sind die Klassenkämpfe in Griechenland, Spanien, Portugal oder Frankreich ein wichtiger Impuls für alle Länder Europas.**

Auch in dieser Fragestellung werden Ursache und Wirkung verwechselt.

Im krassen Gegensatz zur klassischen Daseinsvorsorge (siehe [http://www.dr-schacht.com/Daseinsvorsorge\\_Vortrag.pdf](http://www.dr-schacht.com/Daseinsvorsorge_Vortrag.pdf)) besteht die Aufgabe der vier großen privaten Energiekonzerne E.ON, RWE, Vattenfall Europe und Energie Baden-Württemberg (ihnen gehören praktische alle Energieerzeugungs- und Energieverteilungsanlagen in Deutschland) allein darin, jedes Jahr im Interesse der Aktionäre einen maximal möglichen Gewinn zu erwirtschaften. Dieser Sachverhalt lässt sich anhand der vorliegenden Jahresberichte von diesen Konzernen exakt nachweisen. Die Preise für Strom und Gas (spezifische Preise in Cent/kWh) sind seit der Privatisierung in den 90iger Jahren des vorigen Jahrhunderts nur gestiegen (siehe Bilder).



Sie müssen und werden – dem kapitalistischen Marktgesetz folgend – auch in den kommenden Jahren weiter ansteigen.

Was würden Sie als Vorsitzender des Aufsichtsrates tun, wenn alle Möglichkeiten einer weiteren Gewinnmaximierung erschöpft sind und Sie in ihrer Kasse hunderte Milliarden Euro haben, die mit hohen Renditen zu investieren sind? Wahrscheinlich würden auch Sie eines Tages auf die Idee kommen, eine „Neue Energiepolitik“ zu kreieren, die für die nächsten 50 Jahre riesige Profite für Ihren Konzern sichert. Haben Sie deshalb bitte Verständnis für die Energiekonzerne!

Für sie gibt es wirklich keine andere Lösung!

Für die Umsetzung dieser „Neuen Energiepolitik“ haben diese Konzerne „zufällig“ auch alle erforderlichen „demokratischen“ Mittel in der Hand. In erster Linie gehören dazu die Massenmedien, die tagtäglichen Schreckensszenarien einer globalen Erwärmung mit drohendem Weltuntergang, die vielen Initiativen und Bewegungen gegen den friedlichen Einsatz der Kernenergie, gegen den Einsatz von festen und flüssigen Brennstoffen, die massive Verbreitung der Klimälüge durch Klimainstitute, Naturschutzorganisationen, Bürgerinitiativen, Parteien, Abgeordnete, Lobbyisten, usw. usw. (siehe auch

[http://www.dr-schacht.com/Anmerkungen\\_zur\\_Gemeindeveranstaltung\\_20\\_Maerz\\_2012.pdf](http://www.dr-schacht.com/Anmerkungen_zur_Gemeindeveranstaltung_20_Maerz_2012.pdf) )

Der Energiekonzern hat deshalb aus Kostengründen auch jederzeit das Recht, den beispielsweise von französischen Kernkraftwerken bezogenen Strom (z.B. für 19 Cent/kWh) über das EU-Netz dem umweltfreundlichen deutschen Kunden als so genannten „grünen Strom“ (z.B. für 30 Cent/kWh) zu verkaufen. Wen stört das? Die Rechnung für die steigenden Profite der Konzerne zahlt letztendlich immer der kleine Kunde. Die großen Abnehmer erhalten Rabatte.

In einem Schreiben an einen linken Politiker in Wandlitz habe ich deshalb geschrieben:

*Der Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie ist politisch und wissenschaftlich gesehen ein Fiasko und wird sich in den kommenden Jahren als ein schwerer Fehler erweisen. In der ganzen Welt werden neue und immer modernere Kernkraftwerke entwickelt und gebaut (auch in Japan!), in Deutschland nicht. An der Entwicklung und an dem praktischen Einsatz von neuen Verfahren und Technologien für die Aufbereitung und den Wiedereinsatz der Kernbrennstäbe wird ebenfalls weltweit gearbeitet, in Deutschland nicht. Macht nichts! In unserem Nachbarstaat Frankreich werden 72% der gesamten Elektroenergie in Kernkraftwerken erzeugt. In Abhängigkeit von den aktuellen Preisen an der Energiebörse liefern die vier großen Energiekonzerne auch diesen französischen Strom als „grün“ an ihre demütigen Kunden. Neue und modernere Kernkraftwerke sind bereits in der Planung. Warum dieser Betrug und diese Heuchelei? Die Energiekonzerne wissen ganz genau was sie tun, die Politik schafft dazu die erforderlichen Gesetze, der Bürger zahlt die Zeche ( [http://www.dr-schacht.com/Offener\\_Brief\\_an\\_einen\\_Politiker.pdf](http://www.dr-schacht.com/Offener_Brief_an_einen_Politiker.pdf) ).*

Die Kritik an der totalen Vermarktung der Daseinsvorsorge hat sowohl in den Städten und Gemeinden, als auch bei ihren Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Schärfe zugenommen. Immer mehr Kommunalpolitiker begreifen, dass die Einbeziehung und aktive Mitwirkung der Bürger an den demokratischen Entscheidungsprozessen in den Kommunen nur dann gelingen kann, wenn die Daseinsvorsorge von ihnen wieder in die eigenen Hände genommen wird. Eine kommunale Daseinsvorsorge schließt die Beteiligung von privaten Unternehmen nicht aus. Im Gegenteil, sie können in den Städten und Gemeinden dazu beitragen, dass die Daseinsvorsorge nicht zu einer Quelle der skrupellosen Gewinnmaximierung verkommt.

Dr. Schacht  
18.03.2013